



Jakob Mierscheid

Mitglied des Deutschen Bundestages

11011 Berlin
Telefon 030/2270

6. November 2007

Gerhard Schröder hat nicht Recht

Gerhard Schröder hat sich zur Verfassung geäußert und dabei eine gewisse Skepsis gegenüber Freiheitsrechten und dem Parlament erkennen lassen.

„Die Entwicklung des Verhältnisses des Einzelnen zum Staat unter der Geltung des Grundgesetzes steht bisher im Zeichen einer starken Betonung der individuellen Rechtspositionen, die ihren äußeren Ausdruck in einer entsprechenden Beanspruchung vor allem der Verwaltungs- und Verfassungsgerichtbarkeit findet.“

Ich teile diese Skepsis nicht.

„Es besteht insbesondere die Gefahr, dass die gesetzgebende Gewalt durch den Erlass weitreichender Organisationsgesetze in den Bereich der vollziehenden Gewalt hinübergreift.“

Auch diese Skepsis teile ich nicht.

Und er fordert einen stärkeren Staat:

„Der Gesetzgeber unserer Tage dagegen wird nicht übersehen dürfen, dass die größte reale Gefahr für den Bestand und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates heute darin besteht, dass die freiheitlich gesinnten Kräfte, die gegenwärtig den Staat tragen, nicht über die notwendigen Vollmachten zur Abwendung eines Staatsnotstandes verfügen ...“

Gerhard Schröder hat diese Thesen formuliert, als er Bundesinnenminister war.
Dieses Denken scheint alle Bundesinnenminister zu prägen.